



Die Landtagsfraktion

CDU

Rede

**der stellvertretenden Vorsitzenden
des Ausschusses für Familie, Kinder und Jugend
des Landtags Nordrhein-Westfalen**

Charlotte Quik MdL

**im Plenum des Landtags
am 13. September 2017**

- Es gilt das gesprochene Wort! -

TOP 9: Anträge von SPD und Bündnis 90/Die Grünen zur „Ehe für alle“

Sehr geehrter Herr Präsident,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

mit den vorliegenden Anträgen beschäftigen wir uns mit einem Thema, das viele Menschen in unserem Land bewegt und das in der gesellschaftlichen wie natürlich auch der politischen Debatte mit viel Herzblut diskutiert wurde. Es geht um ein Thema, um das leidenschaftlich gerungen und bei dem auch Emotionen eine große Rolle gespielt haben – auch und gerade in meiner eigenen Partei.

Und deswegen, meine Damen und Herren von der SPD und Bündnis 90/Die Grünen, möchte ich Ihnen ans Herz legen, weiterhin behutsam und sensibel mit diesem Thema umzugehen, denn nur so werden Sie den Menschen, um die es geht, gerecht. Und das, liebe Kolleginnen und Kollegen, sollte unser gemeinsames Anliegen sein.

Außerdem, meine Damen und Herren, beschäftigen wir uns mit einem Thema, das durch den entsprechenden Bundestagsbeschluss vom 30. Juni 2017 zur aus meiner Sicht längst überfälligen Öffnung der Ehe klar geregelt worden ist. Und deshalb bringen uns Ihre Anträge auch kein Stück weiter.

Grotesk ist darüber hinaus, wie Sie zu der Unterstellung kommen, die Landesregierung beabsichtige, eine in ganz Deutschland bestehende geltende Rechtslage in Nordrhein-Westfalen nicht umsetzen zu wollen. Meine Damen und Herren, mir ist nicht eine Stelle im Koalitionsvertrag bekannt, aus der hervorgeht, dass wir nicht umsetzen wollen und werden, was hinsichtlich der Öffnung der Ehe in Gesetzesform gegossen ist. Im Übrigen von vielen meiner Kolleginnen und Kollegen aus der Unions-Bundestagsfraktion mitgetragen.

In unserem Koalitionsvertrag haben wir klar gemacht, dass wir null Toleranz aufbringen gegenüber denjenigen, die Menschen wegen ihrer sexuellen Orientierung oder geschlechtlichen Identität diskriminieren. Seien Sie gewiss, dass die Öffnung der Ehe sowie weitere Implikationen hinsichtlich des Familien- und Abstammungsrechts auch bei uns in Nordrhein-Westfalen auf dem Boden des geltenden Rechts umgesetzt werden.

Das ist die Zielsetzung der NRW-Koalition und das ist genauso die Zielsetzung der CDU in Nordrhein-Westfalen. Immer vor dem Hintergrund, dass Familie immer da ist, wo Eltern für Kinder und Kinder für Eltern Verantwortung übernehmen. Und dass die Ehe als Verbindung zweier Menschen, die sich lieben, nach wie vor – und das ist gut so! – überwiegend der Ursprung von Familie ist. Denn dass es die Familie besonders zu schützen und zu unterstützen gilt, darin sind wir uns ganz bestimmt alle einig.

Gestatten Sie mir noch eine Anmerkung zu Ihrer gleichberechtigten Verwendung der Adjektive „konservativ“ und „rückwärtsgewandt“ im vorliegenden SPD-Antrag. Als

Mensch mit einem konservativen Werteverständnis stößt mich die Herstellung eines solchen Kontextes vor den Kopf und ist deshalb auch mit Blick auf die Sache überhaupt nicht zielführend. Das ist Spalten statt Versöhnen. Wieso muss eine Debatte um diese Thematik immer mit Schaum vor dem Mund geführt werden? Damit werden Sie weder sich selbst noch uns noch der Sache gerecht.

Genau anders herum wird ein Schuh draus: Wenn zwei einander liebende Menschen rechtlich verbindlich erklären, dass sie mit allen Konsequenzen lebenslang in guten wie in schlechten Zeiten füreinander eintreten, dann leben sie genau die bürgerlichen, die konservativen Werte von Verlässlichkeit und Beständigkeit, von Freiheit in Verantwortung und von Treue und Zusammenhalt, derentwegen ich mich in der CDU zuhause fühle.

Ich kann nicht erkennen, inwieweit das Geschlecht oder die sexuelle Orientierung hierbei einen Unterschied machen sollen. Ist es nicht vielmehr so, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen, dass Sie mit diesen Anträgen alte Klischees bedienen und Ihre parteipolitischen Motive vor die Interessen der Menschen stellen, um die es hier geht?

Die besten Absichten in der Sache – und nichts anderes möchte ich Ihnen an dieser Stelle unterstellen – münden in diesem Falle in das komplette Gegenteil: Es wird mit Unterstellungen gearbeitet, angeprangert, wo nichts anzuprangern ist und etwas problematisiert, das kein Problem mehr darstellt. Ob das der Sache in dieser Art und Weise dienlich ist? Entscheiden Sie selbst.

Wir als Union auf jeden Fall stehen für alle ein und sind für alle ansprechbar, die sich den zutiefst konservativen Werten Ehe, Familie und Verlässlichkeit verpflichtet fühlen und diese auch leben. Das tun wir jedoch, wie es unsere Art ist, pragmatisch an den Bedürfnissen der Menschen und der Sache orientiert und damit jenseits einer klischeebehafteten Debatte, die heute von Ihnen, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen, in dieses Parlament getragen wurde. Die vorliegenden Anträge werden wir daher ablehnen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.